

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/XXI/45

Bonn, den 5. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Unwirkliche Bildungspolitik

65

Nach der Kulturdebatte im Bundestag

Von Klaus Helfer

3 - 4

Die Wahlen in Bayern

80

Wechselnde Parteienkonstellationen

Von Emil Werner

4

Atempause für Zypern

21

Die Befriedungsaktion der Vereinten Nationen

5 - 6

Defferre im Mittelpunkt

94

Der Dialog mit de Gaulle hat begonnen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Chefredakteur Günter Markscheffel

Unwirkliche Bildungspolitik

Nach der Kulturdebatte im Bundestag

Von Klaus Helfer

Sechs Stunden diskutierte der Deutsche Bundestag am Mittwoch über Fragen der Bildungspolitik. Es war geradezu ergreifend, zu hören, wie sich die Sprecher aller Fraktionen zu den großen Aufgaben auf den Gebieten der Erziehung und Bildung, der Ausbildungsförderung und der wissenschaftlichen Forschung bekannten und einstimmig forderten, daß Großes getan werden müsse - natürlich in erster Linie von anderen.

Die Frage, warum es bei so viel Einmütigkeit noch immer so schlecht bestellt ist mit der Sorge um das geistige Potential unseres Landes, diese Frage fand ihre Antwort zehn Minuten nach der Debatte. Als der Präsident des Hohen Hauses trotz der fortgeschrittenen Zeit noch einen weiteren Tagesordnungspunkt aufrief, hörten die Abgeordneten, die sich über sechs Stunden um "Existenzfragen der Nation" bemüht hatten, die Begründung eines OTC-Entwurfs zum Abzahlungs-gesetz. Sie hob mit den Worten an, daß auch der Alltag, zu dem man nach gehobtem Höhenflug in den Bereich der Kultur nunmehr zurückkehre, "sein Recht verlangt". Dem Abgeordneten, der hier sicherlich unfreiwillig die Kulturbegeisterung seiner Freunde als rhetorisches Ornament eines Rituals entlarvte, das sich der Bundestag hin und wieder zu zelebrieren genötigt sieht, weil es das bohrende Fragen einer lästigen Opposition nur einmal so will - diesem Abgeordneten sei Dank. Er hat den Finger in der Wunde. Solange wir die Bildung und Ausbildung unserer Jugend wie die Pflege der Wissenschaften nicht als Gegenstand erkennen und behandeln, der zum Alltag von heute gehört, und den Alltag von morgen bestimmen wird, solange werden bildungspolitische Debatten wohl in der verdünnten Luft geistiger Höhenflüge geführt und politisch ergebnislos bleiben müssen.

Die SPD wollte durch ihre Anfrage erfahren, welche Folgerungen die Bundesregierung denn nun aus der in der Regierungserklärung des Kanzlers verkündeten Erkenntnis ziehen wolle, daß "die Aufgaben der Bildung und Forschung für unser Geschlecht den gleichen Rang besitzen wie die soziale Frage für das 19. Jahrhundert". Was sie von Bundesminister für Wissenschaftliche Forschung erfuhr, war nicht viel mehr

als eben dieses - auch noch von drei weiteren Rednern strapazierte - Zitat: Die Armut kommt von der pauvreté. Um gerecht zu sein: am Ende seiner Rede berührte Minister Lenz auch den nervus rerum. "Wir müssen es lernen - das ist die Forderung der Regierungserklärung - uns um unsere Zukunft zu kümmern - wenn es sein muß, auch um den Preis eines Konsumverzichts in der Gegenwart."

Auch Franz Josef Strauß sprach von den "notwendigen Opfern für die Sicherung der Zukunft" und legte mit frischerworbener volkswirtschaftlicher Gelehrsamkeit überzeugend dar, daß man einen Haushaltspfennig nicht zweimal ausgeben könne. Die wahren Absichten der Bundesregierung sind von solchen Einsichten freilich himelweit entfernt. Die eben in dieser Zeit von ihr angekündigte Steuerreform für das Wahljahr 1965 zeigt, daß sie sich in erster Linie um ihre Zukunft kümmert - freilich um einen Preis, der jeden wirklichen bildungspolitischen Fortschritt auf dem Altar ihres Selbsterhaltungstriebs opfert.

Schließlich sollen die gleichen Länder das Wahlgeschenk der Bundesregierung bezahlen, die gestern von nicht wenigen Rednern in emphatischen Worten dazu aufgefordert wurden, die Anstrengungen für das ihrer Verantwortung unterliegende Bildungswesen zu verstärken. Dieser Hintergrund macht die ganze Debatte so unwicklich und die goldenen Worte des Forschungsministers zu guten aber nicht ernstlich verfolgten Vorsätzen. Gewiß, Steuersenkungen sind "populär". Aber eine Frage drängt sich in diesem Zusammenhang auf: ist es wirklich noch so, daß man Mut haben muß, um von unserem Volk die Opfer zu verlangen, die zur Sicherung seiner Zukunft nun einmal gefordert werden müssen?

Das breite Unbehagen am Zustand unseres Bildungswesens wird doch wohl von der Sorge um die Zukunftschancen nicht nur unseres Volkes, sondern jedes einzelnen unserer Kinder genährt. Sollte diese Sorge nicht dazu führen, daß "unpopuläre Maßnahmen" nicht eines Tages auch von Wähler honoriert werden?

Die Wahlen in Bayern

Wechseleinde Parteienkonstellationen

Von Emil Werner

Am kommenden Sonntag werden in Bayern zwei Drittel der Landräte und ungefähr die Hälfte der berufsmäßigen Oberbürgermeister und Bürgermeister gewählt. Insgesamt sind 56,8 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl aufgerufen. In 52 von 100 Landkreisen und in 18 von 48 Gemeinden ist allerdings die Wahl schon entschieden, bevor die Wähler den Weg zur Wahlurne antreten, weil lediglich ein Kandidat aufgestellt worden ist.

In Bayern werden die Landräte und ersten Bürgermeister durch allgemeine Volkswahl nominiert. Als gewählt gilt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann. Der hohe Anteil von Kreisen und Gemeinden, wo nur ein Kandidat auf dem Stimmzettel erscheint, ist damit zu erklären, daß es sehr schwer ist, einen sechs Jahre oder länger amtierenden Landrat oder Oberbürgermeister aus dem Sattel zu heben.

Da es sich also um Persönlichkeitswahlen handelt und von Landkreis zu Landkreis und von Stadt zu Stadt die Parteienkoalitionen wechseln, wird der Ausgang dieser Kommunalwahlen nichts über das derzeitige Kräfteverhältnis der Parteien in Bayern aussagen. Charakteristisch ist allerdings, daß dort, wo sich zwei oder mehrere Kandidaten gegenüberstehen, in keinem Fall SPD und CSU für einen gemeinsamen Kandidaten eintreten. Beide Parteien haben aber in einigen Landkreisen und Gemeinden, wo nur ein Vorschlag vorliegt, denselben Kandidaten nominiert. Im Übrigen gibt es die mannigfaltigsten Verbindungen zwischen den einzelnen Parteien und Wählergruppen. Während sich in Gebieten mit starkem SPD-Einfluß, z.B. in Fürth, Coburg, Münchberg usw. alle anderen Parteien gegen die SPD zusammengeschlossen haben, wird die CSU in ihren Hochburgen, vor allem in Unterfranken und Niederbayern, von Wählergemeinschaften, mit denen sich häufig die SPD verbunden hat, bedrängt.

Bei der Besetzung der Landratsposten überwiegt der Einfluß der CSU beträchtlich. Sie stellte bisher von den 100 zur Wahl stehenden Landräten 53, während die SPD nur fünf Landräte durchbrachte. Für die kommenden Wahlen hat die CSU 65 eigene Landratskandidaten aufgestellt gegen 31 der SPD. Schon jetzt müssen 31 CSU-Kandidaten und zwei SPD-Kandidaten als gewählt betrachtet werden, weil sie keine Gegenkandida-

ten haben. In den 48 Landkreisen, wo tatsächlich ein Wahlkampf stattfindet, verteidigt die CSU 22 Landratspositionen, die SPD hingegen nur drei.

In den kreisfreien Städten und in den Gemeinden, die einen berufsmäßigen Bürgermeister wählen, überwiegt der Einfluß der SPD. So siegten vor sechs Jahren in den 28 kreisfreien Städten 6 SPD-Kandidaten und 5 CSU-Kandidaten; in den 20 Gemeinden wurden 9 von der SPD aufgestellte Bürgermeister gewählt, während nur zwei der CSU angehören.

In einigen Städten und Landkreisen wird hart gerungen. Dazu zählt Augsburg, die einzige der fünf bayerischen Großstädte, in der am Sonntag gewählt wird. Sie ist gleichzeitig die einzige Großstadt in Bayern, wo die CSU bis jetzt den Oberbürgermeister stellt. Die CSU macht heftige Anstrengungen, diese Position zu halten. Auch in einer Reihe von Landkreisen muß sie um ihre bisherige Stellung bangen. Aus diesem Grunde haben die Landrats- und Bürgermeisterwahlen am kommenden Sonntag mehr als nur eine lokale Bedeutung, denn sie werden einen gewissen Aufschluß darüber geben, ob die Tendenz anhält, daß die CSU auch in den ländlichen Gebieten Bayerns an Boden verliert.

+ + +

Atempause für Zypern

Die Befriedigungsaktion der Vereinten Nationen

ap - Es gibt auch in der Bundesrepublik viele Menschen, die von den Vereinten Nationen nichts halten und über sie lästern. Werden sie sich nun eines Besseren belehren? Für die Inselbevölkerung Zyperns ist die bevorstehende Entsendung von Truppen, unter dem Oberbefehl des Generalsekretärs der Vereinten Nationen stehend, die Rettung vor Mord, Terror und Bürgerkrieg. Das Wunder geschah: Erzbischof Makarios, die griechische und die türkische Regierung begrüßten die Entscheidung des Sicherheitsrates, bannt sie doch die Gefahr einer bewaffneten Invasion von aussen, schützt die türkische Minderheit vor der Vernichtung und gibt allen eine Atempause. Gewiß bringt sie noch keine politische Lösung, doch trägt sie dazu bei, den Ausbruch neuer Leidenschaften zu bremsen. Sie bannt auch die Gefahr eines Eingreifens der Sowjetunion, da der Generalsekretär in diesem Fall souverän in seinen Entscheidungen ist und kein sowjetisches Veto zu fürchten braucht.

Den Briten wurde eine Last abgenommen, die für sie nicht mehr tragbar war. Die Bereitschaft der skandinavischen Länder, eine gemeinsame, den Vereinten Nationen unterstehende Polizeitruppe aufzustellen, dürfte den Entschluß des Sicherheitsrates erleichtert haben. Sie füllen eine Lücke, die die Großmächte, verstrickt in widerstrebende Interessen, nicht auszufüllen vermochten.

+ + +

Defferre im Mittelpunkt

Der Dialog mit de Gaulle hat begonnen.

Von unserem Korrespondenten in Paris: Georg Scheuer

Es ist dem sozialistischen Bürgermeister von Marseille, Gaston Defferre, in den wenigen Wochen seiner bisherigen Kampagne als Präsidentschaftskandidat gelungen, sich in den Mittelpunkt des französischen Geschehens zu stellen. Die Zeit des einsamen Monologs ist vorüber, ein weithin hörbarer und sichtbarer Dialog zwischen dem General im Elysée und seinem möglichen Nachfolger hat begonnen.

Alle politischen Parteien und Gewerkschaften nehmen jetzt zu Defferre Stellung, zu seiner Persönlichkeit, seinem Programm, seinem Stil. Am interessantesten dabei ist das Verhalten der Gaullisten. Einerseits "begrüssen" sie es, daß Defferre und mit ihm die französische Sozialdemokratie nunmehr eindeutig auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung stehen, indem sie die Volkswahl des Staatspräsidenten mit allen Konsequenzen akzeptieren. Andererseits ist es der gaullistischen Regierungspartei aber doch recht unbehaglich, daß nicht ein abgetakelter "Politiker" alten Stils, etwa ein ergrauter Ministerpräsident der Dritten oder Vierten Republik, sondern ein relativ junger, dynamischer und populärer Mann wie Gaston Defferre als Gegenkandidat angetreten ist.

Verkürzung und Entwertung der offiziellen Wahlkampagne

Obwohl die Präsidentschaftswahl normalerweise erst im nächsten Jahr stattfinden soll, besilte sich die Regierung, schon in der letzten Februarwoche 1964 mit einem Dekret über die Durchführung der Volksabstimmung. Ganz im Widerspruch zur Bedeutung der Präsidentschaftswahl und der Rolle des Staatspräsidenten in der Fünften Republik, wird die Dauer der offiziellen Wahlkampagne von vornherein auf 14 Tage beschränkt, wobei die einzelnen Kandidaten insgesamt zwei Stunden in Fernsehen und ebensolang im Rundfunk zu Worte kommen können, das heißt, jeweils acht Minuten täglich. Falls in einem ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit erzielt wird, findet ein zweiter Gang statt, mit den gleichen Verfügungen, nur etwas kürzer.

Dieses Dekret hat einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, nicht nur in der Opposition, sondern auch in durchaus konservativen Kreisen, die sonst der Regierung nahestehen. Man bezeichnet es als absurd, daß ein Staatspräsident, der mit schier unbegrenzten Vollmachten Frankreich sieben Jahre lang regieren soll, nur 14 Tage, und auch dann nur 16 Minuten täglich, sozusagen zwischen Morgengymnastik und Jazzmusik Gelegenheit haben soll, dem französischen Volk sein Programm und seine Ideen darzulegen, während die gaullistische Regierung, ihr Präsident und ihre Minister, nicht nur während der Wahlkampagne, sondern das ganze Jahr hindurch eine Art Rundfunk- und Fernsehmonopol besitzen.

Man glaubt daraus entnehmen zu können, daß die Regierung die Kampagne für die Präsidentschaftswahl möglichst verkürzen und entwerten will, um der politischen Opposition von vornherein den Boden zu entziehen. Damit entwertet das Regime aber auch den eigentlichen Sinn der neuen Verfassung.

5. März 1964

Tragweite und Wiederhall der wirklichen Kampagne

Die tatsächliche Kampagne ist aber bereits im Gange. Gaston Defferre hat auf seinen ersten Reisen zunächst hauptsächlich in Südfrankreich in verschiedenen Städten starken Beifall geerntet, nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch bei den demokratischen Mittelparteien. Der Wiederhall in den Freien Gewerkschaften, sowohl in "Force Ouvrière" als auch im Christlichen Arbeitnehmerverband - der übrigens seit kurzen auf jede konfessionelle Bindung verzichtet - ist bemerkenswert. Die CGT wird sich diesem Einfluß wahrscheinlich auf die Dauer nicht entziehen können, so sehr ihre kommunistisch orientierte Führung Widerstand zu leisten versucht.

Es stellt sich nun die Frage, ob und in welchem Maße die gaulistische Regierung Defferres Kampagne, seine Versammlungen und Erklärungen in ganz Frankreich, weiterhin im Fernsehen und Rundfunk totschweigen will. Defferre selbst hat an de Gaulle einen offenen Brief gerichtet, in welchem er gegen diesen systematischen Boykott protestiert und den General an seine eigenen Zusagen über unparteiische Informationen erinnert. Bis jetzt hat er von Elysée nur eine Empfangsbestätigung erhalten, und es bleibt abzuwarten, ob man sich in den maßgebenden Ämtern zu einer demokratischeren Haltung bequemt.

Weltpolitischer Hintergrund

Inzwischen rückt Gaston Defferre auch in den Blickwinkel der internationalen Aufmerksamkeit. Rundfunk und Fernsehen in Großbritannien, in den Vereinigten Staaten, in Italien, in den skandinavischen Ländern und in der Schweiz reissen sich um Interviews mit Defferre. Auch aus der Bundesrepublik treffen Anträge und Vorschläge im Rathaus von Marseille ein. Will man sich durch diese Tatsachen im französischen Rundfunk und Fernsehen beschämen lassen?

Gaston Defferre hat es lange Zeit vermieden, auf Probleme der Weltpolitik näher einzugehen. Er befaßte sich zunächst hauptsächlich mit Problemen der französischen Innen- und Kommunalpolitik, die ja tatsächlich dem Durchschnittsfranzosen am meisten am Herzen liegen.

Nun geht er dazu über, auch zu den Problemen der Weltpolitik und insbesondere zur gaulistischen Außenpolitik Stellung zu nehmen, sowohl in besonderen Interviews mit einzelnen ausländischen Zeitungen, als auch, wie in dieser Woche, vor dem Verband der französischen Auslandspresse in Paris. Man kann dabei feststellen, daß er die gegenwärtige Außenpolitik de Gaulles durchaus nicht in Bausch und Bogen ablehnt - zu einem gewissen Teil ist sie ja in der Situation dieses Landes begründet -, wohl aber die Allüren und Alleingänge des gegenwärtigen Präsidenten.

Defferre verurteilt insbesondere die kostspieligen und gefährlichen Anstrengungen für den Bau einer französischen Atombombe, die er in ihrer von de Gaulle erträumten Form überhaupt für illusorisch hält. Ebenso mißbilligt er überhaupt die ultimative und abstoßende Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten und den anderen Alliierten. Voraussichtlich wird aber auch er eine gewisse Revision des Atlantikpaktes verlangen, mit Berücksichtigung der besonderen Stellung Europas in den Ost-West-Beziehungen. Vor allem drängt er jetzt schon, im Gegensatz zu de Gaulle, auf echte politische Integration Europas. In dieser Perspektive sieht er auch die Lösung des deutschen Problems.